

**OLDENBOURG
GRUNDRISS DER
GESCHICHTE**

OLDENBOURG
GRUNDRISS DER
GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN
VON
JOCHEN BLEICKEN
LOTHAR GALL
KARL-JOACHIM HÖLKESKAMP
HERMANN JAKOBS

BAND 18

EUROPA IM OST-WEST- KONFLIKT 1945–1991

VON
JOST DÜLFFER

R. OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 2004

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2004 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH,
München
Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

ISBN 3-486-49105-9

VORWORT DER HERAUSGEBER

Die Reihe verfolgt mehrere Ziele, unter ihnen auch solche, die von vergleichbaren Unternehmungen in Deutschland bislang nicht angestrebt wurden. Einmal will sie – und dies teilt sie mit anderen Reihen – eine gut lesbare Darstellung des historischen Geschehens liefern, die, von qualifizierten Fachgelehrten geschrieben, gleichzeitig eine Summe des heutigen Forschungsstandes bietet. Die Reihe umfasst die alte, mittlere und neuere Geschichte und behandelt durchgängig nicht nur die deutsche Geschichte, obwohl sie sinngemäß in manchem Band im Vordergrund steht, schließt vielmehr den europäischen und, in den späteren Bänden, den weltpolitischen Vergleich immer ein. In einer Reihe von Zusatzbänden wird die Geschichte einiger außereuropäischer Länder behandelt. Weitere Zusatzbände erweitern die Geschichte Europas und des Nahen Ostens um Byzanz und die Islamische Welt und die ältere Geschichte, die in der Grundreihe nur die griechisch-römische Zeit umfasst, um den Alten Orient und die Europäische Bronzezeit. Unsere Reihe hebt sich von anderen jedoch vor allem dadurch ab, dass sie in gesonderten Abschnitten, die in der Regel ein Drittel des Gesamtumfangs ausmachen, den Forschungsstand ausführlich bespricht. Die Herausgeber gingen davon aus, dass dem nachbearbeitenden Historiker, insbesondere dem Studenten und Lehrer, ein Hilfsmittel fehlt, das ihn unmittelbar an die Forschungsprobleme heranführt. Diesem Mangel kann in einem zusammenfassenden Werk, das sich an einen breiten Leserkreis wendet, weder durch erläuternde Anmerkungen noch durch eine kommentierende Bibliographie abgeholfen werden, sondern nur durch eine Darstellung und Erörterung der Forschungslage. Es versteht sich, dass dabei – schon um der wünschenswerten Vertiefung willen – jeweils nur die wichtigsten Probleme vorgestellt werden können, weniger bedeutsame Fragen hintangestellt werden müssen. Schließlich erschien es den Herausgebern sinnvoll und erforderlich, dem Leser ein nicht zu knapp bemessenes Literaturverzeichnis an die Hand zu geben, durch das er, von dem Forschungsstand geleitet, tiefer in die Materie eindringen kann.

Mit ihrem Ziel, sowohl Wissen zu vermitteln als auch zu selbständigen Studien und zu eigenen Arbeiten anzuleiten, wendet sich die Reihe in erster Linie an Studenten und Lehrer der Geschichte. Die Autoren der Bände haben sich darüber hinaus bemüht, ihre Darstellung so zu gestalten, dass auch der Nichtfachmann, etwa der Germanist, Jurist oder Wirtschaftswissenschaftler, sie mit Gewinn benutzen kann.

Die Herausgeber beabsichtigen, die Reihe stets auf dem laufenden Forschungsstand zu halten und so die Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument über eine längere Zeit zu sichern. Deshalb sollen die einzelnen Bände von ihrem Autor oder einem anderen Fachgelehrten in gewissen Abständen überarbeitet werden. Der Zeitpunkt der Überarbeitung hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die allgemeine Situation der Forschung gewandelt hat.

Jochen Bleicken Lothar Gall Karl-Joachim Hölkeskamp Hermann Jakobs

INHALT

Vorwort	XI
I. Darstellung	1
A. Der Charakter der Epoche.	1
B. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen	7
C. Konfrontation und Entspannung: Von Berlin-Krise zu Berlin-Krise 1948–1962	18
D. Das Zusammenwachsen (West-)Europas 1945–1990	38
E. Die Bildung des „Ostblocks“ 1945–1968.	53
F. Europa und die außereuropäische Welt.	65
1. Dekolonisierung	65
2. Entwicklungshilfe und Europäisierung	70
3. Migration in und nach Europa.	72
4. Nordamerika und die europäische Einigung	75
G. Möglichkeiten und Grenzen neuer Sicherheitsstrukturen in Europa 1962–1979.	78
H. Der letzte Kalte Krieg und die Auflösung des „Ostblocks“ 1979–1990.	91
I. Resümee.	110
II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung	113
A. Quellenlage	113
B. Europa im Ost-West-Konflikt: Grundzüge der Forschung.	123
C. Vom Zweiten Weltkrieg zur Integration und Konfrontation 1945–1948.	136
D. Probleme der (west-)europäischen Integration	149
1. Deutungsmuster.	149
2. Europäische Integrationsgeschichte	153
3. Sektoral vergleichende Geschichte.	156

E. Integration und Blockbildung im Osten	161
F. Europa und die Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. . .	167
G. Westintegration, Ostkrisen und die Konfrontation in der zweiten Berlinkrise 1949–1962.	174
H. Von den Anfängen der Entspannungspolitik bis zur KSZE 1962–1975	184
I. Von der Nachrüstungskrise zum Ende des Ostblocks und zur europäischen Vereinigung 1976–1991	190
III. Quellen und Literatur	199
A. Allgemeine Quellen.	199
B. Hilfsmittel, Handbücher, Literaturberichte.	206
C. Allgemeine Literatur zur Epoche	210
1. Europa, Kalter Krieg, Weltwirtschaft	210
2. Westeuropa und transatlantische Beziehungen	214
3. Osteuropa und Ostintegration	218
4. Einzelstaaten	219
5. Methodische Fragen und Grundsatzdiskussion.	226
D. Kultur, Wirtschaft und soziale Fragen.	228
E. Innerstaatliche Politik und Verfassung	233
F. Dekolonisierung	235
G. Die Eskalation des Ost-West-Konfliktes 1943–1962.	238
1. Zu den vierziger und fünfziger Jahren	238
a) Zum Ost-West-Konflikt allgemein	238
b) Beide deutsche Staaten	240
c) Bundesrepublik Deutschland	240
d) Sowjetunion, DDR und übriges Ostmitteleuropa	241
e) Einzelne Staaten Westeuropas	241
f) Bilaterale und multilaterale Beziehungen in Westeuropa und transatlantische Beziehungen.	242
2. Zweiter Weltkrieg und erste Nachkriegszeit bis 1948/49. . . .	243
a) Zweiter Weltkrieg und Kriegsende	243
b) Deutsche Frage	246
c) Ost-West-Kooperation und -Konflikt	248
d) Sowjetunion und Ostmitteleuropa	249
e) Westeuropa, USA und neutrale Staaten.	249
3. Der Ost-West-Konflikt zwischen zwei Krisen 1948/49–1962 .	251
a) Zum Ost-West-Konflikt allgemein	251
b) Krisen 1953–1956.	252

c) Berlin- und Kubakrisen 1958-1962.	253
d) Zur Sowjetunion und Integration im Ostblock	254
e) Westeuropäische und transatlantische Beziehungen	254
H. Entspannung und Sicherheit 1962–1975	259
1. Ost-West-Beziehungen	259
2. Beziehungen innerhalb des „Ostblocks“	260
3. Westliche Integration	260
a) Wirtschaft und Politik.	260
b) Sicherheit und Politik	261
I. Neue Krise und Ende des Ostblocks 1976–1990.	262
1. Ost-West-Beziehungen zwischen Konfrontation und Entspannung	262
2. Integration in Westeuropa und in den transatlantischen Beziehungen.	264
3. Umbruch in Europa 1989/90.	265
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	267
Zeittafel	268
Tabellen	
Außenhandel ausgewählter Staaten	280
Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Staaten	281
Karten	282
Personenregister	285
Sach- und geografisches Register	292

VORWORT

Europa hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg in noch nie dagewesenem Tempo verändert. Die historische, politik-, sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung wandelt sich gleichermaßen rasant durch den neuen Zugang zu Quellen, aber doch auch vornehmlich durch eine Erweiterung von Methoden und Reflexionsebenen. Dies alles auf knappem Raum erfassen zu wollen, bedeutete die Quadratur des Kreises. So wurden Schwerpunkte gesetzt, die sich auf Europa als Kontinent unterschiedlicher Integrationsmuster und unterschiedlich intensiver Konflikte beziehen, ohne dass vergleichende Aspekte der Staaten, Gesellschaften und Kulturen ausgeklammert würden.

Als Andreas Hillgruber 1979 erstmals in der neuen Reihe „Grundriss der Geschichte“ einen Band mit dem Titel vorlegte: „Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945–1963“, stand die wissenschaftliche Forschung zu der Zeit noch in den Anfängen. In der ersten Zeit nach der KSZE schien es Hillgruber nicht möglich, über die Nachwirkungen von Berlin- und Kubakrise hinaus zu schreiben, die er für den entscheidenden Einschnitt der Nachkriegszeit hielt. Das hat sich mit nachwachsender Geschichte und entsprechender wissenschaftlicher Beschäftigung gründlich geändert, aber es bleiben spezifische Forschungsprobleme der jüngsten Zeitgeschichte. Als ich vier Jahre nach dem frühen Tod meines akademischen Lehrers Andreas Hillgruber im Jahr 1989, also im Jahr 1993, eine Überarbeitung und Ergänzung als vierte Auflage vorlegte, hoffte ich, eine Neubearbeitung schneller erstellen zu können, als es nun der Fall ist. Ansatz, Methode und behandelter Zeitraum erforderten eine völlige Neukonzeption. Sie setzt ihren Schwerpunkt auf den Ost-West-Konflikt sowie auf die von den USA und der Sowjetunion geführten so unterschiedlich zusammen gehaltenen Integrationszonen. Darin wähle ich zugleich Fragen aus, denen ich besondere Bedeutung zumesse. Somit konnten viele andere, mir auch wichtige Aspekte nur am Rande berührt werden.

Seither haben sich an der Datenerfassung und -bearbeitung sehr viele hilfsbereite Mitarbeiter beteiligt, bis ich mich endlich selbst an die Chancen einer Arbeit am PC gewöhnt hatte. Das waren neben manchen anderen vor allem: seit langen Jahren Waltraud König, sodann Guido Thiemeyer, Henning Hoff, Simone Derrix, Sarah Finke, Jutta Cohausz, Alexander Rindfleisch, Thorsten Schulz, Lorenz Richter, der auch das Register anfertigte. Durch die kritische und hilfreiche Lektüre konnte durch viele Anregungen und Hilfen aus einer Rohform ein Buch entstehen. Durch eine sehr intensive Lektüre des Manuskripts halfen besonders Annegrete und Bernd Martin (Freiburg i.Br.), Gottfried Niedhart (Mannheim) und Marc Frey, der darüber hinaus an dem Forschungsbericht zur Dekolonisierung aktiv mitarbeitete. Lothar Gall begleitete das Manuskript in der Endphase ebenso, wie es im Oldenbourg Verlag Cordula Hubert mit einem kompetenten Lektorat, aber auch Christian Kreuzer und Julia Schreiner taten.

Allen genannten und manchen anderen Personen schulde ich großen Dank – und dies tue ich von Herzen. Ohne diese Unterstützung von Freunden, Kollegen und Mitarbeitern wäre aus dem Projekt wohl in dieser Form nichts geworden, auch wenn Mängel in Form und Inhalt natürlich von mir verantwortet werden.

Das Manuskript und die Bibliografie wurden Ende 2003 abgeschlossen. Eine im Laufe der Arbeiten an diesem Buch entstandene umfänglichere Forschungsbibliografie wurde ins Netz gestellt und kann ebenso wie für diesen Band von Guido Thiemeyer erarbeitete ausführlichere Tabellen mit Statistiken zur vergleichenden wirtschaftlichen Entwicklung Europas als Ergänzung und Vertiefung genutzt werden:

www.internationale-geschichte.historicum.net/daten_texte_quellen.html/.

Köln, im März 2004

Jost Dülffer

I. Darstellung

A. DER CHARAKTER DER EPOCHE

Die Geschichte Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lässt sich nicht aus sich selbst heraus verstehen. Mehr als in jeder anderen Epoche zuvor wurde sie von außen bestimmt, in erster Linie durch die USA, in zweiter durch die Sowjetunion. Zwar war das russische Zarenreich seit dem 18. Jahrhundert für Europa bedeutend; aber nach 1945 bestimmte die Sowjetunion in stärkerem Maße als zuvor die Geschichte des Kontinents, zumal sie bis in die Mitte Europas (und damit Deutschlands) indirekte und dann auch direkte Herrschaft ausübte.

Eine Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg muss daher auch die Rolle der beiden „Supermächte“ USA und Sowjetunion einbeziehen. Diese beiden Staaten brachten politisch und militärisch, im Fall der USA auch wirtschaftlich, eine neue Qualität in die Staatengemeinschaft der bisherigen europäischen Großmächte ein. Wenn man Ende des 19. Jahrhunderts von Weltreichen sprach, hatten diese ihr Zentrum alle in Europa und schickten sich an, ihre Herrschaft außerhalb Europas zu erweitern, gestärkt durch die Überzeugung an eine Mission zur weltweiten Ausbreitung dieses „Zivilisationsstandards“ [G. GONG]. Durch den Ersten Weltkrieg begann jedoch eine Tendenz, die nach dem Zweiten bestimmend wurde: Die USA und die Sowjetunion beeinflussten beträchtlich die Geschehnisse auch der vormaligen imperialen Mächte Europas. Das europäische „Staatensystem als Vormacht der Welt“ [113: TH. SCHIEDER] war nunmehr – verstärkt durch den „Zivilisationsbruch“ [D. DINER] nationalsozialistischer Herrschaft – in entscheidender Weise zum Objekt der beiden neuen Weltmächte geworden.

Westeuropa und Nordamerika fanden in dieser Zeit eine enge Verbindung, die jedoch keine Einbahnstraße zur „Amerikanisierung“ bedeutete, sondern wechselseitigen Austausch. Dennoch ging europäische Geschichte dadurch nicht in einer gleichsam (nord)atlantischen auf. Vielmehr entwickelte sich über den Atlantischen Ozean hinweg eine Wertegemeinschaft, die Folgen in vielen gesellschaftlichen Bereichen hatte. Häufig genannt wird hier eine sich durch relative Wirtschaftsfreiheit auszeichnende – aber auch noch weiter reichende – Zone der OECD-Staaten, die ihren Kern in Nordamerika und Westeuropa hatte. Sie

Rolle der „Supermächte“: USA und Sowjetunion

Wechselwirkungen Nordamerika – Europa

stand sowohl für einen relativen Wohlstand als auch für innere Befriedung, da innerhalb dieses Raums internationale Konflikte nicht mehr militärisch ausgegtragen wurden.

Wertegemein-
schaft, Wohlstand,
Frieden

Die Nordatlantische Gemeinschaft wurde zu mehr als dem militärisches Bündnis, zur NATO, die – nach der Gründung der wirtschaftlich bedeutsamen OEEC 1948 – ab 1949 den wichtigsten völkerrechtlichen Vertrag darstellte. Zunächst einmal als Ideologie, dann aber zunehmend von Realität erfüllt, entwickelten sich die transatlantischen Beziehungen zu einer Zone mit politisch freiheitlich organisierten Demokratien und sozial relativ befriedeten Gesellschaften. Materieller Wohlstand bildete ein wichtiges Bindemittel für eine neuartige Gemeinschaft stabilen Friedens. Diese Ansprüche setzten sich erst langsam um, verliefen nicht linear und gleichmäßig. Sie gewannen ihre Anziehungskraft nicht nur durch die Überwindung der vorausgegangenen Kriegs- und Schreckenszeiten, sondern auch in der direkten Auseinandersetzung mit „dem Osten“.

Osteuropa als
Gebiet der
Rückständigkeit?

Es gibt zu Beginn der 2000er Jahre eine Tendenz, Osteuropa überwiegend im Lichte der Erfolge Westeuropas zu sehen und folglich die Ausdehnung der transatlantischen Werte- und Leistungsgemeinschaft in den Vordergrund zu stellen. Dann lassen sich die Jahre seit 1945 leicht als Zeit von kommunistischen Diktaturen deuten, deren Gesellschaften mit ihren rückständigen Ökonomien an der freien Entfaltung ihrer Möglichkeiten gehindert wurden. Wohlstand und Demokratie des Westens hätten seit dem Umbruch von 1989/91 die Chance, in ganz Europa verwirklicht zu werden. Eine solche Sicht bedeutet für die historische Methode eine problematische Wunschvorstellung, selbst wenn man beobachten kann, dass sich die Vorstellung von einer nachholenden Modernisierung des ehemaligen Ostblocks politisch in der Tat vielfach am westeuropäisch-atlantischen Vorbild festmachte („Heimkehr nach Europa“). Allerdings bildete auch der „Osten“ Europas seit 1945 eine neue Konstruktion. „Unter Osteuropa verstand man nun die Länder und Völker im kommunistisch beherrschten Teil Europas, denen der Westen, die demokratische ‚Freie Welt, gegenüberstand“ [KAPPELER in: 409: STOURZH, S. 45] – und das umfasste weit mehr Gebiete, als sie herkömmlich zu Osteuropa gezählt wurden. Die (vormaligen) Begriffe Mitteleuropa, Ostmitteleuropa oder (der neue) Mittelosteuropa (MOE) wurden zwar gelegentlich unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes weiter verwendet, jedoch war deren Prägekraft als relativ einheitliche Gebiete verdeckt. Besonders in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gelangte bereits in den achtziger Jahren das Bewusstsein zum Durchbruch, man wolle künftig nicht länger „Osten“, sondern „Mitte“ sein.

In Westeuropa setzte nach dem Krieg ein historisch neuartiger Integrationsprozess ein, der auch nach dem Ende der Spaltung Europas weiterlief. Mit ihm übertrugen zumeist gefestigte Nationalstaaten Kompetenzen auf gemeinsame europäische Institutionen, ohne dabei ihre Identität aufzugeben. Nach dem Ende des bisherigen „Ostblocks“ lässt sich dort ein Trend ausmachen, die je eigenen nationalen Identitäten neu zu definieren, die nach den Erfahrungen kom-

munistischer Diktatur nicht selbstverständlich zu wesentlichen Teilen auf andersartige supranationale Gebilde übertragen werden. Daneben findet auch „ein Prozess der Devolution der sozialen und politischen Ordnung... der Partikularisierung von Staatsbürgerrechten nach ethnischen, religiösen, sprachlichen Kriterien“ statt [R. M. LEPSIUS]. Das betraf im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts vor allem die beiden supranationalen Staaten Sowjetunion und Jugoslawien, war aber auch bei der Teilung der Tschechoslowakei in zwei unabhängige Staaten zu verzeichnen. Auch unter den seither neuen Bedingungen setzten sich die bisherigen Wechselwirkungen zwischen dem Osten und Westen Europas fort. Daher ist es möglich, dass diese stärker auf lange zurück liegenden kulturellen Prägungen beruhen und sich nicht nur auf die Ereignisebene von Politik und Wirtschaft allein erstrecken.

Wechselwirkungen
Ost- und West-
europa

Die unterschiedliche Entwicklung Europas im Westen und im Osten nahm gerade im militärischen Sektor über lange Zeit den Charakter eines antagonistischen Gegensatzes an, beruhte in anderen aber auf geringeren Differenzen, die sich als Gefälle bezeichnen lassen. In diesem Buch geht es darum, die unterschiedlichen Entwicklungen im Westen wie im Osten Europas zu registrieren und ihre wechselseitigen Abhängigkeiten zu erkennen: Der „Westen“ als politische Gesamtheit war auch immer auf den „Osten“ bezogen, aber der „Osten“ richtete sich stärker auf den Westen aus als umgekehrt. Das gilt für die offene wie verdeckte Nachahmung ebenso wie für Formen der Abgrenzung.

Im Übrigen stellte die Sowjetunion ebenso eine asiatische wie eine europäische Macht dar. Da sie bis Wladiwostok an den Pazifischen Ozean reichte und eine lange gemeinsame Grenze mit China aufwies, galt ein beträchtlicher Teil ihrer politischen Aufmerksamkeit und der Verwendung ihrer Ressourcen dieser Orientierung auf Asien und den Pazifischen Raum. Gleichermäßen ist zu beachten, dass sich auch die USA zwischen dem Pazifischen und dem Atlantischen Ozean erstreckten und sich damit ihrerseits ebenso nach Asien wie nach Europa ausrichteten. Nur liegt der Fall bei der „amerikanischen“ Weltmacht einfacher als bei der Sowjetunion bzw. Russland. Wenn man einen neuen kulturell bestimmten „Westen“ von Vancouver ostwärts über Europa bis nach Wladiwostok denkt, sind darin nicht nur Nordamerika, Europa und große Teile Asiens eingeschlossen; man kann auch von der amerikanischen Westküste nach Westen gehen und ihm so eine Perspektive über den Pazifischen Ozean nach Asien hin verleihen – der „Westen“ dann geographisch wie inhaltlich leer.

Alle diese Beobachtungen gelten für die nördliche Erdhälfte, die sich ihrerseits von der südlichen Hemisphäre unterscheidet. Tatsächlich hat in der hier interessierenden Zeit zunehmend auch ein Nord-Süd-Konflikt die Geschichte auch Europas bestimmt. Im Zeichen der Globalisierung wurde aber auch dieser Gegensatz fragwürdig oder zumindest in neuer Form wirksam.

Ob Russland zu Europa gehört oder nicht, stellt einen alten Streit dar, in dem zumeist mit Wertegemeinschaften argumentiert wird. Darauf soll hier nicht eingegangen werden; vielmehr wird hier davon ausgegangen, dass die Sowjetunion

schon aus geographischen Gründen (Grenzen und räumliche Entfernung) als Teil Europas angesehen werden muss. Hinzu kommt als Maßstab für historische Zuordnung auch das zeitgenössische Bewusstsein. Eine Ausgrenzung Russlands oder der Sowjetunion aus dem Thema „Europa“ ließe sich allein aus (subjektiven) Entscheidungen über Defizite dieses Staates gegenüber der jeweils gemeinten (west)europäischen Werte- oder Geschichtsgemeinschaft treffen. Für unsere Zwecke wird jedoch angenommen, dass der russische Großstaat immer einen territorialen Bestandteil Europas bildete, auch wenn sein europäischer Charakter nach Osten hin graduell in einen asiatischen überging.

Russland als Teil
Europas

Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg muss insgesamt zwar welthistorisch eingebettet werden, aber zentral die Wechselwirkungen zwischen „Westen“ und „Osten“ berücksichtigen. Dabei geht man von einer klaren Trennung in zwei Einheiten aus, die ihrerseits im Lauf der Zeit einem Wandel unterlagen. Gemeinhin wird dieses Beziehungsgeflecht als „Kalter Krieg“ bezeichnet. In einer gängigen Lesart dieses Kalten Krieges kam es noch im, dann aber vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, zu einer „Teilung der Welt“ [603: LOTH] – und damit auch Europas –, die bis 1989/90 andauerte. Dieser Begriff „Kalter Krieg“ wird seither häufig gebraucht, ist jedoch problematisch. Kalter Krieg bezeichnet einen Zustand des Staatensystems, der kriegsähnlich ist, bei dem sich aber die beiden Seiten unter amerikanischer bzw. sowjetischer Führung nicht direkt militärisch bekämpften. Der wohl von dem US-amerikanischen Publizisten Walter Lippman geprägte Begriff knüpft an den des „trockenen Krieges“ an, den Hans Delbrück für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg formuliert hatte. Tatsächlich wurde aber auch im Kalten Krieg zwischen den Blöcken geschossen: Das galt etwa in Korea 1950–53, in Vietnam in den sechziger und siebziger Jahren, sodann in einer Reihe von weiteren, „Stellvertreterkriege“ genannten Konflikten in der Dritten Welt während des gesamten Zeitraums. Der Kalte Krieg schloss also herkömmliche, „heiße“ Kriege ein. Ferner fanden mehrere Aufstände im sowjetischen Machtbereich statt, die auch mit Kriegen und dem Ost-West-Problem zu tun hatten. Diese Aufstände weiteten sich nur deswegen nicht zu Bürgerkriegen aus, weil die sowjetische Macht die von ihr gestützten Regierungen mit militärischen Mitteln schützte – so vor allem in der DDR 1953, in Ungarn und Polen 1956, in der ČSSR 1968. Der Begriff Kalter Krieg ist schließlich deswegen problematisch, weil er ein hohes Maß an Geschlossenheit und Permanenz für die Zeit zwischen 1945 und 1990 signalisiert und den ständigen Wandel der Beziehungen zwischen den „Blöcken“ vernachlässigt. „Kalter Krieg“ wird zwar weiter als Epochenbezeichnung gebraucht, ist aber ein vereinfachender Begriff für wesentlich komplexere Vorgänge. Besser sollte man von einem Ost-West-Gegensatz sprechen, der allerdings zwischen 1945 und 1990 in Europa dreimal akut bedrohlichen Charakter annahm. Nur diese Phasen können tatsächlich als „Kalte Kriege“ bezeichnet werden – in ihnen drohte zeitweilig die Eskalation zu einem heißen Krieg. Zunächst war dies die Krise um die Berlin-Blockade 1948/49, die mit dem Koreakrieg in seiner Anfangsphase 1950 im ersten Kalten

Der Kalte Krieg

Ost-West-Konflikt

Krieg kulminierte. Berlin stand auch beim zweiten Kalten Krieg 1958 bis 1962 im Mittelpunkt, gefolgt von der Kuba-Krise 1962. Es gab sodann als dritten Kalten Krieg einen Streit um die Mittelstreckenraketen von etwa 1979 bis 1982/83. Zwischen diesen Phasen gab es aber Perioden geringerer Intensität des Konfliktes oder eben auch der „Entspannung“. Der häufig gebrauchte Begriff „Kalter Krieg“ akzentuiert demgemäß eher die fortlaufenden strukturellen Bedingungen der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, während die Bezeichnung Ost-West-Konflikt den Blick stärker für situative Aspekte und Wandel in dieser Zeit öffnet.

Ein Ost-West-Gegensatz oder -Gefälle ist in der europäischen Geschichte nicht neu; er geht auf die griechisch-römische Antike zurück, auf Ostrom und Westrom, auf abendländisch-christliche versus morgenländisch-byzantinische Prägung, setzte sich in der Neuzeit während der Aufklärung in Westeuropa fort. Er schlug sich in einem wirtschaftlich-sozialen Modernisierungsgefälle nieder. Schließlich wurde dieses Ost-West-Verhältnis auch durch die ideologischen Gegensätze unterschiedlicher Ausprägungen von Sowjetkommunismus und liberal-kapitalistischer Demokratie in dem hier behandelten Zeitraum geprägt. Der „Osten“ reichte aber je nach Deutung mehr oder weniger weit in die „Mitte“ Europas hinein und bestimmte daher unterschiedlich das Sein und das Bewusstsein der Menschen. Neben diesem Gegensatz ist auch innerhalb Europas ein Nord-Süd-Gefälle zu verzeichnen, das neuzeitlich einen eher protestantisch geprägten Norden und einen katholischen bzw. orthodoxen Süden einander gegenüberstellt. Schließlich sollten auch christliche versus muslimische Traditionen innerhalb Europas berücksichtigt werden, die sich Ende des 20. Jahrhunderts u. a. in Bürgerkriegen oder durch Migration innerhalb von Staaten, zwischen Staaten und nach Europa hinein als wirksam zeigen.

Am Anfang dieser Entwicklung stand jedoch der Zweite Weltkrieg, der auf der Expansionspolitik von NS-Deutschland und dem faschistischen Italien (mit ihren jeweiligen Verbündeten) in Europa und von Japan in Ostasien beruhte. Besonders während der deutschen Expansion wurde zeitweilig der größte Teil West- und Osteuropas militärisch besetzt, politisch abhängig gemacht, wirtschaftlich ausgebeutet und oft nach rassistischen Kriterien mordend umgestaltet. Die militärische Zurückdrängung dieser Herausforderung führte zur bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches und ließ die Siegermächte USA, Großbritannien (und Frankreich) sowie die Sowjetunion durch ihren militärischen Sieg bis in die Mitte Europas und damit Deutschlands gelangen.

Die Interaktion der Siegermächte, die zunächst und nach außen hin noch für einige Zeit als Zeichen der gemeinsamen Waffenbrüderschaft der Anti-Hitler-Koalition erschien, barg in sich bereits die Elemente des – dann weiter gesteigerten – Antagonismus und der Konfrontation. Pointiert: Die Politik des Deutschen Reiches unter Adolf Hitler war bis in die Niederlage hinein dafür verantwortlich, dass die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen westlicher und östlicher Prägung auch in Deutschland aufeinander prallten und damit wesentlich

Ältere Prägungen

Nord-Süd-Gefälle

Zweiter Weltkrieg

Rolle des Deutschen Reiches

die Konfrontation bis hin zum Kalten Krieg verursachten. In ihm spielte nicht nur die deutsche Frage – nunmehr als Frage der Einheit oder Teilung, Eingliederung in Ost- oder Westblock oder Neutralisierung – eine Rolle. Sie wurde aber wegen der vorangegangenen Geschichte und ihrer fortdauernden Bedeutung zu einem entscheidenden Moment des Konfliktes. Mit der Lösung der „deutschen Frage“ 1989/90 wurden auch wichtige Voraussetzungen zum Zusammenbruch des bisherigen Ostblocks und letztlich auch zur Auflösung der Sowjetunion geschaffen. Die Nachkriegszeit war mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten an ein Ende gelangt, das auch die Voraussetzung für die Überwindung des bisherigen Ost-West-Konflikts schuf.

B. DER ZWEITE WELTKRIEG UND SEINE FOLGEN

Der Zweite Weltkrieg prägte die folgende Zeit entscheidend. Das gilt zum einen für die Verluste, zum anderen für die sich im Krieg ausbildenden politischen Konstellationen zwischen den Kriegführenden und der Koalition der späteren Sieger. Der Zweite Weltkrieg hatte mit einem Sieg der „Vereinten Nationen“ – wie sich die Kriegskoalition nannte – über das Deutsche Reich und seine Verbündeten geendet. Dieser Sieg war eindeutig, und die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches bedeutete nicht nur das Ende nationalsozialistischer Zwangsherrschaft in weiten Teilen Europas, sondern vorerst auch das Ende der deutschen Selbstständigkeit. Das Land wurde von den Siegermächten besetzt; sie übernahmen die oberste Gewalt.

In diesem Krieg waren nur wenige Staaten völkerrechtlich neutral geblieben. Die Diktaturen Spanien und Portugal sowie Irland, Schweden und die Schweiz waren die wichtigsten Neutralen. Die Türkei erklärte dem Deutschen Reich erst im März 1945 den Krieg, um dadurch Gründungsmitglied der neuen Weltorganisation, der Vereinten Nationen, zu werden. Auch die meisten neutralen Staaten hatten sich politisch, wirtschaftlich oder sogar verdeckt militärisch mit den Kriegsparteien eingelassen.

Die Nachkriegsordnung war zunächst stark vom materiellen Wiederaufbau geprägt; die mentalen Auswirkungen betrafen die gesamte Epoche. Die ungeheuren Zerstörungen waren jedoch nicht gleichmäßig über Europa verteilt. Anders als im Ersten Weltkrieg, in dem vor allem Belgien und Nordfrankreich die meisten menschlichen Opfer und die stärksten materiellen Zerstörungen zu verzeichnen hatten, betrafen Tod, Vernichtung und Ausbeutung im Zweiten Weltkrieg am stärksten Ost(mittel)europa, hier vor allem Polen, die Sowjetunion und Jugoslawien. Doch nicht dieser Vergleich zählte anfangs, denn in jedem Staat, und so auch im ehemaligen Deutschen Reich, traten zunächst die eigenen Verluste an Menschen und materiellen Werten in den Vordergrund des Erlebens und dann auch der Erinnerung.

Kriegszerstörungen

Die im Vergleich zur Bevölkerungszahl stärksten Verluste erlitt Polen primär durch deutsche, aber auch sowjetische Kriegs- und Besatzungspolitik. In absoluten Zahlen hatte die Sowjetunion die meisten Toten des Krieges zu verzeichnen (ca. 27 Millionen Menschen). In Jugoslawien mischte sich der Kampf gegen die deutsche und italienische Besatzung ab 1941 mit innerjugoslawischen Kämpfen. Seit 1941 bis zum Kriegsende wurde in Osteuropa dauerhaft vor allem auf sowjetischem Territorium gekämpft, aber der gesamte Raum diente als Durchmarschgebiet sowie als Feld nationalsozialistischer Rassenpolitik. So kam es, dass die meisten Toten Zivilisten waren. Ab 1943/44 erreichten die Fronten mit dem Rückzug der Deutschen und ihrer Verbündeten erneut die Staaten Ost- und Südosteuropas. In Westeuropa waren die deutschen Eroberungen und damit die Kampfhandlungen in Norwegen, Dänemark den Niederlanden, Belgien, Lu-

Osteuropa

Westeuropa

xemburg und Frankreich – hier zusammen mit Italien – 1940 im Wesentlichen abgeschlossen. Der ab 1939 gegen Großbritannien und ab Dezember 1941 gegen die USA geführte Krieg fand zur See und aus der Luft statt. Erst mit der alliierten Landung in Sizilien (10. Juli 1943) und in der Normandie (6. Juni 1944) kehrte der Landkrieg im Westen und Süden auf den europäischen Kontinent zurück. Auch dadurch gab es hier wesentlich weniger Tote. Die Verluste des Deutschen Reiches lagen in Zahlen zwischen den Werten Ost- und Westeuropas und betrafen bei insgesamt 5,8 Millionen Menschen zum weit überwiegenden Teil Soldaten. Die britischen und US-amerikanischen Kriegsverluste an Menschen in Europa und Ostasien lagen vergleichsweise niedriger.

Erinnerungs-
kulturen

Materielle Zerstörungen sind wesentlich schwerer zu beziffern, doch geben die genannten Zahlen der Toten einen Anhaltspunkt für die Probleme des Neuaufbaus. Das gilt auch für die sich herausbildenden „Erinnerungsgemeinschaften“. Diese waren primär national ausgerichtet, wiesen also Opfer wie etwa Juden oder Sinti und Roma nicht gesondert aus. Außer in Deutschland benannten sie überall unter den Ursachen für die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg an erster Stelle die deutsche Rolle und zwar – häufiger in Osteuropa und dann auch politisch bestimmt – in der systemischen Variante eines deutschen „Faschismus“.

Im sowjetischen Machtbereich war es bis 1956 unmöglich, die sowjetischen, „stalinistischen“ Verbrechen öffentlich zu benennen; dies blieb bis zum Ende des Sowjetblocks eine prekäre Angelegenheit. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, dominiert von militärischem Kampf, deutscher Besatzung und Herrschaft, war als „deutsche Gefahr“ zunächst weiter manifest und blieb für die ganze Epoche latent erhalten. Sie wurde im Westen frühzeitig ergänzt und überwölbt von ideologischen Vorstellungen einer Bedrohung durch „den Osten“ und „den Kommunismus“, die gelegentlich stärker militärisch, immer aber ideologisch und politisch-subversiv gedeutet wurde. Umgekehrt war im entstehenden „sozialistischen Lager“ das Feindbild des westlichen Kapitalismus und aggressiven Imperialismus wesentlich stärker von offizieller Propaganda geprägt. Dabei spielte neben dem Verweis auf die US-amerikanische Rolle auch das an die realen Erfahrungen des Weltkrieges anknüpfende Feindbild einer neuen deutschen Gefahr für Jahrzehnte die wichtigste Rolle.

NS-Koalitionen

Das Deutsche Reich entwickelte bis 1945 im eigenen Machtbereich kein tragfähiges Konzept für eine europäische Nachkriegsordnung. Unterschiedlich ausgeprägte direkte Herrschaft und Ausbeutung im Dienste deutscher Kriegführung, sodann eine rassenideologisch bestimmte Politik bis zum Völkermord waren die hervorstechenden Kennzeichen der deutschen Besatzungspolitik. Politische Bündnisse mit Italien und Japan sowie weiteren „Satellitenstaaten“ dienten nur zur Stabilisierung deutscher Herrschaft und Unterstützung in der Kriegführung. Erst in der Zeit des sowjetischen Vormarsches nach Westen wurde stärker ein antibolschewistisches Europa propagiert, jedoch konnte diese Idee keine stärkere Bindekraft entwickeln und fiel ab 1943 in sich zusammen.

Auch in der Gegnerkoalition gab es kein umfassendes Kriegsbündnis. Am 1. Januar 1942 unterzeichneten die damals gegen die „Achsenmächte“ Krieg führenden Staaten eine „Erklärung über die Vereinten Nationen“. Sie benannte als gemeinsame Wertvorstellungen liberal-demokratische Prinzipien und freien Welthandel. Auch die Sowjetunion beteiligte sich. Während die US-amerikanischen und britischen Militärs enge Absprachen trafen und Roosevelt und Churchill einen ausgiebigen persönlichen Austausch führten, blieben die Absprachen zwischen den USA und der Sowjetunion vergleichsweise vage. Immerhin schlossen Großbritannien und die Sowjetunion 1942 einen militärischen Beistandspakt für 20 Jahre. Nach dem sowjetischen Sieg bei Stalingrad und dem italienischen Kriegsaustritt 1943 war die Zeit für verbindlichere Absprachen der drei wichtigsten Mächte reif, um das weitere Vorgehen im Krieg und die Nachkriegsordnung gemeinsam zu beraten.

Alliierte Koalition

Nach einer Moskauer Außenministerkonferenz (19.–30. Oktober 1943) trafen sich die Großen Drei Roosevelt, Churchill und Stalin zum ersten Mal vom 28. November bis 1. Dezember 1943 in Teheran. Die Westmächte akzeptierten grundsätzlich die sowjetische Forderung nach den Grenzen von 1941. Diese entsprach den im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 vom Deutschen Reich zugestanden und dann vollzogenen Gebietserweiterungen. Allerdings forderten die Westmächte, die 1940 in Litauen, Lettland und Estland unter sowjetischem Zwang abgehaltenen Volksabstimmungen über deren Beitritt zur Sowjetunion zu wiederholen, und setzten die Erhaltung Finnlands als unabhängigen Staat durch. Sie stimmten ferner den Wünschen der Sowjetunion nach einem eisfreien Hafen im nördlichen Ostpreußen zu. Grundsätzlich vereinbart wurde eine Zerstückelung Deutschlands als Grundlage des künftigen Friedens.

Teheran – Erste Konferenz der Großen Drei

Bereits in Moskau hatten die Außenminister der Großen Drei die Bildung einer European Advisory Commission beschlossen. Die EAC tagte seit Januar 1944 in London und man einigte sich dort schnell über die vorläufige Aufteilung Deutschlands in drei Zonen zur unmittelbaren Besetzung; ein entsprechendes Abkommen wurde am 12. September 1944 in London unterzeichnet. Eine Zone östlich der Linie von Lübeck über Eisenach bis Hof sollte an die Sowjetunion fallen; die beiden Westmächte einigten sich später darauf, die Nordwestzone Großbritannien, die Südwestzone den USA zu unterstellen. Am 14. November 1944 wurde eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch einen Alliierten Kontrollrat in Berlin vereinbart. Er sollte für alle Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen, so auch für die Frage nach Zerstückelung oder Erhalt des Staates, zuständig sein. Groß-Berlin sollte als gemeinsames Gebiet mit getrennten Sektoren verwaltet werden.

European Advisory Commission

In der Zwischenzeit fielen durch die militärische Besetzung der von Deutschland eroberten Gebiete durch die Sowjetunion bzw. die Westmächte Vorentscheidungen über deren künftige politische Gestaltung, zumal durch gesellschaftliche Umgestaltung nach der Befreiung. Kurz vor der Kapitulation Rumäniens (23. August 1944) und Bulgariens (9. September 1944) vereinbarten briti-

Einflusszonen in Südosteuropa

sche und sowjetische Militärs im Mai/Juni 1944 Operationszonen: Rumänien und Bulgarien fielen in die sowjetische, Jugoslawien und Griechenland in die britische Zone. Churchill und Stalin trafen sich in Moskau (9.–18. Oktober 1944) und erzielten formlos eine Übereinkunft über die künftigen Einflusszonen in dieser Region: für Rumänien waren 90 Prozent, für Bulgarien und Ungarn 80 Prozent sowjetischen Einflusses vorgesehen; der Rest stand westlichem Einfluss offen, der in Griechenland mit 90 Prozent überwiegen sollte. Für Jugoslawien lauteten die Ziffern 50:50. Praktikabel konnte dies kaum sein, es widersprach auch Roosevelts Denken. Dennoch hielten beide Seiten künftig an diesem Abkommen fest. Dass militärische Eroberungen politische Zukunftsentscheidungen vorwegnahmen, wurde in der polnischen Frage am deutlichsten (vgl. Kap. E). Die Sowjetunion verhinderte eine stärkere Beteiligung des antikommunistischen polnischen Widerstandes und der Londoner Exilregierung an der Befreiung und setzte stattdessen eine ihr gegenüber loyale Regierung vornehmlich aus Kommunisten durch („Lubliner Komitee“). Diese erkannte sogleich eine Westverschiebung Polens an.

Polnische Frage

Treffen der „Großen Drei“ in Jalta

Eine neue Gipfelkonferenz war dringend erforderlich. Ein zweites Mal trafen sich Roosevelt, Churchill und Stalin auf der Halbinsel Krim am Schwarzen Meer vom 4. bis 11. Februar 1945. Auf dieser Konferenz von Jalta war vor allem die polnische Frage strittig. Territoriale und gesellschaftliche Fragen bedingten sich gegenseitig. Grundsätzlich wurde die Westverschiebung Polens von Roosevelt und Churchill akzeptiert: Die Ostgrenze sollte sich an die bereits 1919 diskutierte Curzon-Linie anlehnen. Die kommunistisch geführte „Regierung der nationalen Einheit“ sollte durch „demokratische Führer aus dem Exil“ erweitert und durch freie Wahlen legitimiert werden. Das ähnelte Churchills und Stalins vorangegangenen Prozentabsprachen.

Deutsche Reparationen

Über die künftige Gestaltung Deutschlands wurde wenig gesprochen. Aber Stalin zielte mit einem detaillierten Reparationsplan primär auf sowjetische Entschädigungen für erlittene Zerstörungen, die zugleich eine wirtschaftliche Schwächung Deutschlands bedeuteten. Briten und Amerikaner versuchten dagegen eingedenk der problematischen Auswirkungen von Reparationen nach dem Ersten Weltkrieg ein starres Schema zu vermeiden, gestanden lediglich als Basis künftiger Gespräche 20 Milliarden US-Dollar zu, von denen die Sowjetunion die Hälfte erhalten sollte. Eine Reparationskommission, die Einzelregelungen vereinbaren sollte, erlangte jedoch im Sommer 1945 keine Bedeutung. Ursprünglich hatte man in Washington erwogen, eine Kommission zur praktischen Koordination der „Demokratisierung“ in ganz Europa zu bilden, entschied sich aber schon vor Jalta nur für eine „Erklärung über das befreite Europa“. Sie wurde von den Großen Dreien vereinbart und gestand den Völkern zu, künftig nach eigener Wahl demokratische Einrichtungen zu bilden.

Insbesondere für die US-Politik zentral war die Einrichtung einer neuen Weltorganisation. Nachdem auf einer allgemeinen Konferenz in Dumbarton Oaks vom 22. August bis 28. September 1944 die Satzung hierfür diskutiert wor-

den war, erreichten die Großen Drei in Jalta Einvernehmen über weitere Fragen: In einem für die großen Weltfragen zuständigen Sicherheitsrat erhielten die Großmächte das von Stalin geforderte Vetorecht. Er akzeptierte auf Wunsch der Westmächte neben China auch Frankreich als fünfte Großmacht in diesem Rat. Die Gründungskonferenz von San Francisco (25. April–26. Juni 1945) vereinte 44 Staaten zur Unterzeichnung einer Charta für die neue Weltorganisation, die Vereinten Nationen (UNO). Ihre Handlungsfähigkeit beruhte auf der Einigkeit der Großmächte und grenzte die Kompetenzen ihrer Organe untereinander ab. Die Charta trat am 24. Oktober 1945 in Kraft. Schon die ersten Konfliktfälle, die in der beginnenden Ost-West-Auseinandersetzung auftraten, zeigten die begrenzten Möglichkeiten der UNO zur Streitschlichtung und Friedenssicherung. Das lag formal vor allem am Vetorecht der Großmächte, mit dessen Androhung oder Anwendung die Sowjetunion den Sicherheitsrat bis Mitte der fünfziger Jahre häufig blockierte; die Generalversammlung aller Mitglieder konnte bei Blockade des Sicherheitsrats nur bedingt dessen eigentliche Funktion übernehmen. Die UNO wurde im ersten Jahrzehnt vom Westen dominiert und als Instrument der üblichen Staatenpolitik benutzt. Auch anschließend konnte die Weltorganisation nach der Zunahme ihrer Mitgliederzahlen durch die Unabhängigkeit vormals kolonialer Gebiete und damit einhergehend oft antikolonialer und antiwestlicher Einstellung ihrer Mehrheit nur gelegentlich eigene Autorität in der Friedenssicherung entwickeln.

Neue Weltorganisation: UNO

Nach der fast völligen militärischen Eroberung durch die Alliierten vollzog das Deutsche Reich am 7. Mai 1945 in Reims vor Vertretern der vier Hauptalliierten die militärische Kapitulation und wiederholte diesen Akt auf sowjetischen Wunsch am folgenden Tag in Berlin-Karlshorst. Die vier Siegermächte übernahmen am 4. Juni mit einer Erklärung „In Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ formal die oberste Gewalt in Deutschland.

Deutsche Kapitulation in Reims und Karlshorst

Der dritten Konferenz der Großen Drei in Potsdam (17. Juli–2. August 1945) waren Spannungen über das Einrücken in die vereinbarten Besatzungszonen in Deutschland und Berlin vorausgegangen. Zwischen Stalin, Churchill (ab 28. 7. Nachfolger: Clement Attlee) und dem neuen US-Präsidenten Harry S. Truman entstanden heftige Konflikte. Die Sowjetunion bestand auf Reparationen aus ganz Deutschland. Schließlich unterbreitete US-Außenminister James F. Byrnes den rettenden Kompromiss: Jede Macht durfte in Deutschland Reparationen zunächst aus der eigenen Zone entnehmen. Darüber hinaus sollte die Sowjetunion 25 Prozent der für Reparationen beschlagnahmten Industrieausrüstungen aus den Westzonen erhalten. Die (auf Dauer angelegten) Zerstückelungspläne der Mächte für Deutschland waren mit Kriegsende in Europa fallengelassen worden, aber in der Potsdamer Reparationsregelung steckte der Ansatz für ein Auseinanderdriften der Zonen, obwohl die Mächte zunächst unter dem in Berlin eingerichteten Alliierten Kontrollrat Deutschland als Ganzes zu erhalten trachteten. Hierfür vereinbarten sie Prinzipien, deren Ausgestaltung jedoch in Ost und West von Beginn an verschieden ausgelegt wurde. Das galt für die Demokratisierung,

Potsdamer Konferenz

aber auch für Entmilitarisierung, die wirtschaftliche Entflechtung und die Dezentralisierung des Staates. Die durch polnische Inbesitznahme des betreffenden Gebiets bereits faktisch bestehende Westgrenze Polens an Oder und (westlicher) Neiße wurde akzeptiert, allerdings setzen die Amerikaner und Briten durch, diese Regelung solle nur provisorisch bis zu einem formellen Friedensvertrag gelten. Zu der in vollem Gang befindlichen Flucht und Vertreibung der Deutschen vereinbarten die Mächte eine – nach Lage der Dinge illusorische – „ordnungsgemäße Umsiedlung“.

In Potsdam richteten die drei Mächte für die Vorbereitung von Friedensverträgen einen Rat der Außenminister ein, dem auch ein französischer und ein chinesischer Vertreter angehören sollten. Die Konferenz selbst stand im Schatten des andauernden Krieges in Ostasien und des ersten Atombombeneinsatzes. Der Termin der Konferenz war so gelegt worden, dass die USA zuvor Gewissheit über die Funktionsfähigkeit der neuartigen Atombombe besaß. Sie sollte für Truman ein neues diplomatisches Druckmittel gegenüber der Sowjetunion bilden. Stalin zeigte sich gegenüber den amerikanischen Enthüllungen äußerlich unbeeindruckt, ließ aber intern ein eigenes Atomprogramm in Gang setzen. Die politische Bedeutung dieser „letzten Waffe“ blieb vorerst offen. Jedenfalls wurden die beiden ersten (und damals einzigen) Atombomben am 6. bzw. 9. August 1945 über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki zur Detonation gebracht. Die Sowjetunion trat – wie in Jalta zugesagt – am 8. August 1945 in den ostasiatischen Krieg gegen Japan ein, das unter dem Eindruck beider Ereignisse am 15. August die Waffen streckte und am 2. September förmlich kapitulierte.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges standen Sieger und Besiegte vor einer Fülle schwerer Aufgaben im Wiederaufbau unterschiedlich zerstörter Länder, von Städten, Wirtschaftsbetrieben und Verkehrsverbindungen. Die bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit beanspruchte Wirtschaft musste von Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellt werden; die überlebenden Soldaten kehrten zurück und wurden zumeist demobilisiert. Menschen, die im Krieg zwangsweise oder zum Schutz vor Verfolgung und Zerstörung umgesiedelt worden waren, kehrten in vielen Fällen zurück, aber neue Flucht- und Vertreibungsbewegungen setzten seit dem letzten Kriegsjahr ein.

Diese Probleme hätten sich am besten von den Siegermächten gemeinsam lösen lassen, aber die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den Westmächten bestimmten bereits nachhaltig die Politik. Zwar war Stalin vital an westlicher Aufbauhilfe interessiert, jedoch stoppten die USA mit Kriegsende in Europa die seit 1943 bedeutsam gewordenen Leih-Pacht-Lieferungen über den Atlantik hinweg. Für die USA bildete ein einheitlicher Weltmarkt in einer demokratischen Welt das Leitbild. Dem konnten die von der Sowjetunion in ihrem Bereich eingesetzten Regierungen der befreiten Länder in keiner Weise entsprechen. Ebenso ließen sich die sogleich einsetzende wirtschaftliche Ausbeutung sowie erste sozialistische Strukturreformen kaum mit freien Märkten vereinbaren.

Ostasiatischer
Krieg und Atom-
bombe

Kriegszerstörun-
gen und Wieder-
aufbau

Politische
Zielkonflikte

Während Stalin ein Mitspracherecht für ganz Deutschland und im Westen vornehmlich für das Ruhrgebiet forderte, sahen die Westmächte hierin bereits Anfang 1946 die Gefahr politischer Subversion und wiesen alle Ansprüche zurück. In den USA waren noch im Krieg wichtige politische Kräfte zu der Erkenntnis gelangt, dass eine nur nach westlichen Prinzipien gestaltete Ordnung kaum durchsetzbar sein werde. Durch den zentralen Beitrag bei der Befreiung Europas hielten sie es für verständlich und unvermeidlich, wenn die Sowjetunion ihren Machtbereich dauerhaft zu sichern trachtete. Jedoch ging der neue US-Präsident Truman seit Herbst 1945 zu einem neuen konfrontativen Stil über, da er glaubte, weitere sowjetische Expansion nur so eindämmen oder abschrecken zu können. Die anfangs noch vorhandene Hoffnung auf weitere Kooperation nahm unter diesen Bedingungen ab, die Politik verlagerte sich in den Vorstellungen amerikanischer, aber auch britischer und nicht zuletzt sowjetrussischer Politiker zunehmend auf Konfrontation.

Die einzelnen, oft lokal oder regional entstehenden Gegensätze zwischen den Siegern entwickelten sich gleichzeitig an vielen Punkten, überlappten sich bald und verstärkten zunehmend den Eindruck im Osten und Westen, dass die andere Seite einseitige und illegitime Machterweiterung anstrebe. Trotz aller anfangs noch vorhandenen Einsicht in die Berechtigung einzelner sowjetischer bzw. westlicher Maßnahmen setzte sich auf beiden Seiten zunehmend ein allgemeines und weltanschaulich aufgeladenes Feindbild durch. Zuvor als verständlich angesehene Aktionen der anderen Seite erschienen nun in einem anderen Licht. Während des Krieges waren die sowjetischen Erwartungen von der Einrichtung einer zweiten Front in Westeuropa lange Zeit enttäuscht worden. Diese war von den Anglo-Amerikanern erstmals für 1942 versprochen worden, ließ aber bis zur alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 auf sich warten. Das lag in westlicher Sicht vornehmlich am Krieg im Pazifik und der Erfordernis gründlicher Vorbereitung des bis dahin umfangreichsten Landungsunternehmens. Hilfe zum Wiederaufbau der Sowjetunion wurde von den USA seit Kriegsende zunehmend an politische Bedingungen gekoppelt und kam bei wachsendem Misstrauen nicht mehr zustande.

Die sowjetische Kriegsbeteiligung in Ostasien, seit 1942 von den USA und Großbritannien immer wieder angemahnt und in Jalta verbindlich zugesagt, wurde für Washington durch die Entwicklung der Atombombe im Frühsommer 1945 entbehrlich. Die USA befürchteten eine enge Zusammenarbeit der Sowjetunion und der chinesischen Kommunisten um Mao Zedong – tatsächlich war sie gar nicht so eng – und verlegten daher beträchtliche Truppen nach Nordchina. Sie sollten dort die chinesische Nationalregierung bei und nach der Kapitulation der Japaner unterstützen und somit den eigenen Einfluss sichern. Der sowjetische Kriegseintritt am 8. August 1945 mit einer großen Offensive in Korea wurde nun nicht mehr als willkommene Entlastung im ostasiatischen Krieg begrüßt, sondern als Teil kommunistischer Expansion gedeutet. Von den Waffenstillstandsverhandlungen mit Japan wurde die Sowjetunion ebenso ausgeschlos-

Konflikt um Ende
des asiatischen
Krieges

sen wie ihr die geforderte Besetzung einer der Hauptinseln Japans verwehrt blieb. Die erneute Befestigung europäischer Kolonialherrschaft in Südostasien durch Franzosen, Briten und Niederländer wurde bald auch als Auseinandersetzung mit den Kommunisten gedeutet (vgl. Kap. F.1.), unterstützte die Sowjetunion doch programmatisch und zum Teil auch materiell nationale Befreiungsbewegungen. Die ursprünglich von den Westmächten nach einer Übergangsperiode in Aussicht gestellte Unabhängigkeit nahm so häufig den Charakter einer neuen Kolonisierung an.

Konflikt im Nahen
und Mittleren
Osten: Iran

Konflikte entstanden auch im Nahen und Mittleren Osten: Der Iran war von Briten und Russen zur Sicherung des Nachschubweges in die Sowjetunion 1942 besetzt worden; die Truppen beider Seiten sollten sechs Monate nach Kriegsende (also bis März 1946) zurückgezogen werden. Nachdem in der Zwischenzeit amerikanische Berater starken Einfluss auf das Regime von Schah Reza Pahlevi gewonnen hatten, versuchte auch die Sowjetunion durch Unterstützung separatistischer kommunistischer Bestrebungen ihre Interessen in dem erdölkreichen Staat zu sichern. Die iranische Regierung brachte den Fall vor Ablauf der vereinbarten Rückzugsfrist vor die UNO. Angesichts dieses Drucks zog die Sowjetunion ihre Truppen bis Mai 1946 zurück. In westlicher Wahrnehmung hatte man einer sowjetischen Aggression den Riegel vorgeschoben; aus der Sicht Moskaus wirkte das wirtschaftliche (Ölkonzessionen) und politische Vordringen der USA in dieser Gegend provozierend.

Rat der Außen-
minister

Der in Potsdam vereinbarte Rat der Außenminister hatte somit zunächst auf die Entwicklungen in Ostasien zu reagieren, sah sich aber zunehmend mit neuen europäischen Konflikten konfrontiert. Er traf sich bis 1949 achtmal. Seine ursprüngliche Funktion als Abwicklungsstelle für die Nachkriegsordnung ging schnell verloren. In dem Gremium wurden unvereinbare Pläne ausgetauscht und der anderen Seite jeweils die Verantwortung für das Misslingen zugeschoben. Nur einmal, in London (10. September–2. Oktober 1945), waren unter Hinzuziehung Chinas und Frankreichs alle fünf Großmächte vertreten; doch die Sowjetunion protestierte sogleich gegen die Beteiligung der beiden Neulinge an der Friedensregelung für Osteuropa. Sie akzeptierte den Vorrang westlicher Interessen an der künftigen Gestaltung Italiens, forderte aber eine Mitverwaltung in der ehemals italienischen Kolonie Libyen als Treuhänder der Vereinten Nationen. Die USA hingegen machten die von der Sowjetunion vorgelegten Entwürfe für Friedensverträge mit den osteuropäischen Staaten von der Zustimmung frei gewählter Regierungen in diesen Staaten abhängig. In der deutschen Frage verlangte die Sowjetunion eine Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes. Außenminister Byrnes suchte daraufhin sowjetischen Sicherheitsbedürfnissen mit dem Angebot eines 25-jährigen Entwaffnungspaktes für Deutschland entgegenzukommen. Die in Potsdam für Deutschland erneut bekräftigten Zentralbehörden unter dem Alliierten Kontrollrat waren von Frankreich abgelehnt worden und kamen auch künftig nicht zustande. Das nächste Außenministertreffen in Moskau (16.–26. Dezember 1945) vereinte die Großen Vier ohne China (wie es fortan

üblich wurde). Der direkte Kontakt mit Stalin erbrachte Absprachen im Hinblick auf Ostasien. Man einigte sich grundsätzlich über den Weg zu Friedensverträgen mit den osteuropäischen Staaten, so dass die Konferenz optimistisch endete.

Doch der Schein trog. Die konkrete sowjetische Politik in Ostasien, im Nahen Osten wie in Osteuropa ließ in der US-Administration die Bereitschaft zur Konfrontation steigen. Dazu trug auch Stalins Rede im Moskauer Bolschoi-Theater am 9. Februar 1946 bei, mit der er die Kampagne für die Wahlen zum Obersten Sowjet einleitete. Der Stolz auf die Behauptung des sowjetischen Systems im Zweiten Weltkrieg und Ausführungen über eine zumindest latente Krise des kapitalistischen Gesellschaft verbanden sich hier mit Zukunftsvisionen von neuen Rüstungsplänen und mit der Möglichkeit neuer Konfrontation. Dies ließ sich im Westen als Bekräftigung künftiger sowjetischer Aggression, ja als Ankündigung eines dritten Weltkrieges verstehen. Der britische Oppositionsführer Churchill reagierte darauf mit einer Rede im amerikanischen Fulton, Missouri am 5. März 1946 in Absprache mit Truman und in dessen Anwesenheit. Er sprach öffentlich von einem unversöhnlichen Konflikt und von einem „Eisernen Vorhang“ in Europa, hinter dem die Hauptstädte Ost- und Mitteleuropas verschwunden seien. George F. Kennan, damals US-Botschafter in Moskau, lieferte zu dieser Kampf-ansage in einem „langen Telegramm“ die maßgebliche Analyse des Sowjetsystems: Ein dauerhafter Ausgleich mit dem Westen sei nicht möglich, da es sich hier um eine „politische Kraft“ handele, „die sich fanatisch zu dem Glauben bekennt, dass es mit Amerika keinen dauerhaften modus vivendi geben kann“. Man verstehe dort nur die Sprache der Macht, werde sich aber dennoch kaum in abenteuerliche Angriffe stürzen.

Rhetorische
Konfrontation

Unter diesen Umständen konnte der Pariser Außenministerkonferenz (25. April–15. Mai, 15. Juni–12. Juli 1946) kein Erfolg beschieden sein. Der Westen zeigte seine neue Festigkeit in der Abwehr aller sowjetischen Ansprüche: von Reparationen über Treuhandgebiete bis hin zur Ruhrkontrolle. Die von Byrnes angebotene Verlängerung der Entwaffnung Deutschlands auf 40 Jahre konnte daran nichts ändern. Bei der Vorbereitung der Friedensverträge mit den osteuropäischen Staaten erreichten die Westmächte kleinere Zugeständnisse. Die von allen Kriegsgegnern des Deutschen Reiches und Italiens beschickte allgemeine Friedenskonferenz von 21 Staaten in Paris (29. Juli–15. Oktober 1946) vermochte die von den Großmächten vorbereiteten Verträge kaum mehr zu beeinflussen. Sie geriet zur Demonstration westlicher Forderungen nach Selbstbestimmung gegenüber sowjetischem Expansionsdrang. Die Ratstagung der Außenminister vom 4. November–12. Dezember 1946 in New York bestätigte die Resultate der allgemeinen Konferenz. Daraufhin konnten immerhin die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichnet werden. An der Verfestigung der gesellschafts-politischen Entwicklungen in Ost und West und an den territorialen Besitzständen zur Zeit des Kriegsendes änderte sich nun nichts mehr.

Friedensverträge

Truman-Doktrin:
Griechenland,
Türkei

Stattdessen verschärfte sich die Konfrontation zwischen Ost und West weiter. Die Konsolidierung des eigenen Lagers erlangte Vorrang vor Möglichkeiten zur Kooperation. Dies zeigte sich in der am 12. März 1947 vor beiden Häusern des US-Kongresses von Präsident Truman verkündeten Doktrin zur Militärhilfe. In Griechenland war nach der Befreiung von deutscher Besatzung ein Bürgerkrieg ausgebrochen, der zwischen linkssozialistisch-kommunistischen Kräften des Widerstandes und konservativen Gruppierungen um den unter britischem Schutz aus dem Exil zurückgekehrten König ausgetragen wurde. Die Befreiungskräfte wurden von den nördlichen Nachbarn Griechenlands unterstützt, die auch ihr Territorium als Rückzugsgebiet für die Linken zur Verfügung stellten, während die monarchische Regierung von Großbritannien militärischen Beistand erhielt. Das überstieg auf die Dauer die finanziellen Mittel des Inselreiches, so dass die USA in die Bresche sprangen. Truman sprach in seiner Rede von einer Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sklaverei, die alle Völker zur Entscheidung zwingt. Griechenland und der Türkei wurde erstmals beträchtliche militärische Hilfe zugesagt. Zuvor hatte die Sowjetunion einseitig gegenüber der Türkei Ansprüche auf eine – zuvor mit dem Westen vereinbarte – gemeinsame alliierten Regelung der Meerengenfrage geltend gemacht. Die Fälle Griechenland und Türkei dienten Truman nun zur Formulierung einer strategischen Eindämmungspolitik (*Containment*) gegenüber einem befürchteten sowjetischen Durchbruch zum Mittelmeer. Die Grundgedanken von George Kennans „Long Telegram“ wurden publiziert und vertieften programmatisch den Gegensatz. Wie zuvor schon in Asien, so hatte der Ost-West-Konflikt nun auch in Südosteuropa eine militärische Aufladung erfahren.

„Containment“

Initiative Marshall

In Washington herrschte Einvernehmen, dass die Stabilisierung des eigenen Lagers grundsätzlich an der Basis der jeweiligen Gesellschaft erfolgen müsse. Die allgemeine Verelendung als Kriegsfolge, aber auch konkrete wirtschaftliche Probleme beim Wiederaufbau und vor allem ernste Finanzkrisen in mehreren westeuropäischen Staaten führten in Frankreich und Italien, Staaten mit starken kommunistischen Parteien, zu Unruhen und Streiks. Dem suchte der neue US-Außenminister George C. Marshall in einer Rede am 5. Juni 1947 an der Harvard Universität zu begegnen. Hier betonte Marshall nicht die militärisch abgrenzenden Aspekte (die in Europa vielfach auf Skepsis gestoßen waren), sondern formulierte eine Vision der Wirtschaftshilfe für ganz Europa, wie ausdrücklich gesagt wurde. Das schloss potenziell Osteuropa und die Sowjetunion ein.

In der Sowjetunion erkannte man darin zwar die schwache Chance, dass die USA doch noch Wiederaufbaukredite bewilligen würden, fürchtete aber die damit möglicherweise verbundene kapitalistische Durchdringung des eigenen Machtbereichs in Osteuropa. Zu einer Sondierungskonferenz mit seinem französischen und britischen Kollegen Georges Bidault und Ernest Bevin reiste der sowjetische Außenminister Wjačeslaw Molotov zwar nach Paris (27. Juni–2. Juli 1947). Danach aber lehnte die Sowjetführung den sogenannten Marshall-Plan öffentlich ab, da er eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten

darstelle. Den Staaten Osteuropas wurde von Moskau die Teilnahme an der gesamteuropäischen Pariser Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit (12. Juli–22. September 1947) untersagt. Dort wurde daher das umfassende *European Recovery Program* allein für die Staaten Westeuropas (inklusive der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands) ausgearbeitet.

„European Recovery Program“

Die Sowjetunion nahm die Konfrontation auf ideologischer Ebene an: Auf Drängen des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz „Tito“ fand vom 22.–27. September 1947 im polnischen Slaska Poreba (Schreiberhau) eine Konferenz der kommunistischen Parteien Osteuropas sowie Frankreichs und Italiens (aber nicht Deutschlands) statt. Hier wurde der Zusammenschluss zu einem Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) verkündet. Dies trat an die Stelle der 1943 im Zuge der Kriegscoalition aufgelösten Komintern (deren Apparat aber inoffiziell weitergeführt worden war) und nahm seinen Sitz zunächst in Belgrad. Andrej Ždanov verkündete in enger Absprache mit Stalin die Existenz zweier Lager: des eigenen, „demokratischen“, und des westlichen, antidemokratischen. Mit der Schaffung eines offiziellen Propaganda-Apparates hatte die Sowjetunion die Ost-West-Auseinandersetzung ihrerseits öffentlich zu einem „Kalten Krieg“ eskaliert, wie es der Westen mit der Erklärung von Truman-Doktrin und Marshall-Plan fast gleichzeitig getan hatte.

Gründung des Kominform

Auf der zweiten Moskauer Außenministerkonferenz (10. März–24. April 1947) stand erstmals die deutsche Frage ganz im Vordergrund, in der jedoch keine Fortschritte erzielt wurden. In London (25. November–12. Dezember 1947) führte diese Diskussion nur noch zum Austausch der bekannten Positionen. Während die Sowjetunion einen deutschen Einheitsstaat auf der Basis ihrer Auslegung der Potsdamer Beschlüsse anmahnte, der ihr wirtschaftliche Mitsprache im Westen und zumal über das Ruhrgebiet bringen sollte, forderten die Westmächte im Zuge von neuen Industrie- und Aufbauplänen die Einbeziehung der Gebiete östlich von Oder und Neiße in das deutsche Potenzial. Priorität für den Westen hatte die Konsolidierung der drei westlichen Besatzungszonen, wie dies im Marshall-Plan vorgesehen wurde. Zu diesem Zweck lag eine administrative, dann auch eine politische Zusammenfassung der drei Westzonen nahe, während die Sowjetunion ihrerseits vergeblich versuchte, durch eine „Volkskongress“-Bewegung in ihrem Sinne den Einigungsprozess von unten in Gang zu setzen. Die deutsche Frage war jetzt auch öffentlich zum Kern der Ost-West-Konfrontation geworden. Die Grenzen zwischen den westlichen und der sowjetischen Zone Deutschlands vertieften sich. Der Ost-West-Konflikt hatte eine neue unversöhnliche Qualität in ganz Europa und in weiten Teilen Asiens gewonnen.

Deutsche Frage

C. KONFRONTATION UND ENTSPANNUNG: VON BERLIN-KRISE ZU BERLIN-KRISE 1948–1962

Seit 1947/48 galt im Westen wie im Osten ein Vorrang der Konsolidierung des eigenen Einflussbereichs gegenüber Ansätzen zur Kooperation der ehemaligen Siegermächte. Aber das geschah mit unterschiedlichen Mitteln und in wechselnder Intensität. Während der Westen, zumal die USA, mit politischer Partizipation und Aussicht auf Prosperität aufwarten konnte, blieben dem Osten – und das hieß: der Sowjetunion – vor allem direkte und indirekte Herrschaft, ideologisch zusammengehalten von Antifaschismus und dem Eintreten für eine angeblich überlegene sozialistische Gesellschaftsordnung (siehe Kap. E).

Umsturz in Prag

In der Tschechoslowakei hatten die Kommunisten seit 1945 in Wahlen Einfluss erlangt, so dass sich die Regierung aus freien Stücken der Sowjetunion stark angepasst hatte. Im Februar 1948 fand dort unter bürgerkriegsähnlichen Umständen ein Staatsstreich statt. Präsident Edward Beneš akzeptierte danach eine kommunistisch geführte Regierung, welche die politische Umgestaltung zur „Volksdemokratie“, einem Einparteienstaat, unter dem kommunistischen Ministerpräsidenten Klement Gottwald in wenigen Monaten durchführte.

Dies diente im Westen als weiterer Beweis für eine globale kommunistische Subversionsstrategie zur Machteroberung. Der Prager Umsturz wurde in den USA gezielt benutzt, um das Programm der Marshall-Plan-Hilfe durch den Kongress zu bringen. Danach wurde im April 1948 die *Organization of European Economic Development* (OEEC) als Auffangorganisation für die US-Hilfe gegründet. Auch die Errichtung eines westdeutschen Staates ließ sich unter dieser konkreten kommunistischen Bedrohung beschleunigen. Bedenken dagegen waren bis dahin in Westeuropa, besonders in Frankreich, weit verbreitet gewesen. Bei den westdeutschen Ministerpräsidenten dominierte die Sorge vor einer zeitweiligen nationalen Spaltung. Sie wurde jedoch nunmehr auch wegen der erwarteten Mittel aus dem *European Recovery Program* zurückgestellt.

Schritte zur Gründung eines westdeutschen Staates

In einer Sechs-Mächte-Konferenz (23. Februar–2. Juni 1948) der USA, Frankreichs und Großbritanniens sowie der westlichen Nachbarstaaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg) wurden in London Bedingungen für einen westdeutschen Staat formuliert. Diese „Frankfurter Dokumente“ wurden den Ministerpräsidenten der Westzonen von den Militärgouverneuren am 1. Juli 1948 übergeben und zielten auf die Gründung eines voll legitimierten deutschen Staates ab. Eine längst überfällige Währungsreform, welche die alte Reichsmark durch eine neue „Deutsche Mark“ ersetzte, wurde wegen der Beteiligung Westdeutschlands am ERP-Programm von den Westmächten bereits zuvor, am 20. Juni 1948, durchgeführt. Am Tag danach führte die Sowjetische Militäradministration ihrerseits in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und – dem Anspruch nach – für ganz Berlin eine eigene Währungsreform durch. Die Spaltung der Währungen veranlasste die Sowjetunion, die Land- und Wasserverbindun-

gen zwischen Westdeutschland und Berlin zu unterbrechen (24. Juni 1948). Ein solches Druckmittel war bereits im März 1948 für kurze Zeit angewandt worden und sollte nun die Westmächte in der Deutschlandfrage an den Verhandlungstisch zwingen und einen Weststaat verhindern. Stalin ging es nach wie vor um Mitsprache in ganz Deutschland, sei es wirtschaftlich bei Reparationen und Ruhrgebiet, sei es politisch hinsichtlich der künftigen Gesellschaftsordnung. Dies war für die Westmächte unannehmbar.

Berlin-Blockade

Die Blockade ebenso wie die von den Westmächten aufgenommene Luftversorgung der Westsektoren Berlins waren zunächst von beiden Seiten als kurzfristige Aushilfsmittel gedacht. Beide entwickelten sich zum Test für den Durchhaltewillen der Berliner Bevölkerung gegenüber sowjetischem Druck und politischen Angeboten. Sie stabilisierte dennoch letztlich die beiden Lager, nachdem unmittelbare militärische Mittel durch den Westen gegen die Blockade zu Lande und zu Wasser bzw. seitens des Ostens gegen die Luftbrücke vermieden worden waren. Die Versorgung Berlins aus der Luft entwickelte sich über den Winter 1948/49 zum logistischen Erfolg und demonstrierte eine neue Qualität der Kooperation zwischen den ehemaligen westlichen Siegermächten und den Deutschen, besonders den Berlinern. Der bereits angelegte antikommunistische Grundkonsens im Westen verfestigte sich durch die solidarische Hilfe für Berlin.

Darüber hinaus wurde im Schatten dieser Konfrontation ein transatlantisches Verteidigungsbündnis, die NATO, abgeschlossen (4. April 1949 in Washington). Der US-Kongress war hiermit erstmals bereit, ein unbefristetes militärisches Engagement in Europa zu akzeptieren. Die Sowjetunion brach am 12. Mai 1949 ihre Blockade ab; die von westlicher Seite zuvor zugestandene neue Tagung des Rats der Außenminister in New York (23. Mai–20. Juni 1949) erzielte jedoch kein Ergebnis in der deutschen Frage. West-Berlin wurde in das westliche Währungsgebiet einbezogen; die Gründung eines Weststaates wurde unter dem Eindruck der Berliner Blockade vollzogen.

Gründung der NATO

Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer hatten bereits 1948 nach dem Appell des Berliner Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter einem separaten Weststaat zugestimmt, den sie möglichst provisorisch halten wollten. Am 23. Mai 1949 wurde ein Grundgesetz verkündet, das nach Maßgabe der Westmächte nicht für Berlin galt. Der Wahl des ersten deutschen Bundestages (14. August 1949) folgte einen Monat später die Bildung der Verfassungsorgane, insbesondere die Wahl von Konrad Adenauer (CDU) zum Bundeskanzler und von Theodor Heuß zum Bundespräsidenten. Die Bundesrepublik verstand sich im Einvernehmen mit den Westmächten als deutscher Kernstaat, der für Gesamtdeutschland Verantwortung trug, auch wenn er vorerst nur für dessen Westen handeln konnte.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Unter Einbeziehung zuvor kommunistisch beherrschter gesellschaftlicher Organisationen wie dem Volkskongress zog die Sowjetunion nach und ließ in der SBZ einen „Volksrat“ bilden. Dieser verabschiedete eine für eine bürgerlich-demokratische Ordnung geeignete und bereits vorbereitete Verfassung einer

Gründung der
„Deutschen
Demokratischen
Republik“

„Deutschen Demokratischen Republik“. Aus dem Volksrat ging eine provisorische Volkskammer hervor, die am 7. Oktober 1949 einen eigenen Staat in der SBZ ausrief. Sie bestimmte (entgegen dem für Groß-Berlin 1944/45 vorgesehenen alliierten Sonderstatus) Berlin zur Hauptstadt ihrer Verfassungsorgane (Präsident Wilhelm Pieck, Ministerpräsident Otto Grotewohl).

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland entzog nach westlichem Verständnis kommunistischer Subversion und befürchteter Verelendung die Basis. Der neue Staat konnte sogar als Magnet auf den Osten wirken und die DDR zur Episode machen. Diese stellte aus sowjetischer Sicht eine Verlegenheitslösung dar, um den eigenen Machtbereich zu konsolidieren. Die Sowjetunion hatte vorerst ein Scheitern ihres Strebens nach unmittelbarem Einfluss in ganz Deutschland hinzunehmen. Dennoch vertraten beide, vorerst nur mit wenig Souveränität ausgestattete deutsche Staaten den moralischen und politischen Anspruch einer legitimen Vertretung Gesamtdeutschlands. Man rechnete ohnehin im Westen mit kurzen Fristen für eine Wiedervereinigung. Die staatliche Spaltung Deutschlands schloss zwar die Konsolidierung der jeweiligen Machtbereiche in Europa sichtbar ab, bedeutete aber angesichts der genannten wechselseitigen Ansprüche zugleich die Verfestigung eines neuen Konflikttherdes, der Übergriffe aller Art auf das jeweils andere Gebiet befürchten ließ.

Die USA besaßen 1945 ein Atomwaffenmonopol. Zwar unternahmen sie 1946 einen Anlauf, die Atomenergie den Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen. Das blieb jedoch erfolglos, beanspruchten sie doch selbst die künftige Kontrolle, die dann in einem nationalen Gesetz festgeschrieben und auch gegenüber Großbritannien aufrecht erhalten wurde. Die politische Bedeutung der neuen Waffe über eine latente Bedrohung hinaus, die im Ernstfall kaum einzulösen war, blieb zunächst offen. In den ersten Tagen der Berlinkrise 1948 wurden US-Bombenflugzeuge, vorgeblich mit Atomwaffen bestückt, nach Großbritannien verlegt, ohne dass dies in Moskau die erhoffte Wirkung hatte. Schneller als in Washington erwartet, zündete die Sowjetunion am 29. August 1949 ihrerseits eine erste Atombombe (Großbritannien folgte am 3. Oktober 1952; die erste noch wirksamere Wasserstoffbombe [H-Bombe] der USA detonierte am 1. November 1952; hier zog die Sowjetunion bereits im folgenden Jahr, am 12. August 1953, nach).

Weltpolitische
Bedrohungen

Auch wenn man 1949 im Westen annahm, die Sowjetunion werde Atombomben erst einige Jahre später militärisch einsetzen können (Trägerflugzeuge mit Bomben), war ein politisch verwertbares Monopol dahin. Die wechselseitige Bedrohung im Ost-West-Konflikt erhielt durch diese neue Technologie eine zusätzliche Aufladung. Zunächst war diese Auseinandersetzung von kolonialen Aufstandsbewegungen wie etwa in Indonesien, Vietnam und Malaysia bestimmt gewesen, die im Westen oft als kommunistisch inspiriert oder geführt wahrgenommen wurden. Das folgenreichste Ereignis war aber der Sieg der chinesischen Kommunisten unter Mao Zedong über die nationalchinesischen Verbündeten der Westmächte aus dem Zweiten Weltkrieg unter Chiang Kai-Shek. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China proklamiert, während sich die „na-